

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Jahresmitgliederversammlung von OWUS Berlin-Brandenburg – Vorstand wiedergewählt

Über 40 Mitglieder und Gäste trafen sich im Bürogebäude am Franz-Mehring Platz zur jährlichen Mitgliederversammlung unseres Verbandes, die ganz im Zeichen unseres 20ig jährigen Jubiläum und der Neuwahl des Vorstandes stand. Dabei konnten wir unsere Gründungsvorsitzende, Frau Prof. Christa Luft und die wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Frau Jutta Matuschek, herzlichst begrüßen.

Grundorientierung der weiteren Arbeit wurde durch das Referat des Vorsitzenden Dr. Rolf Sukowski und durch eine breite Diskussion der Mitglieder und Gäste gegeben. Der den Mitgliedern vorgelegte Bericht über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit bestätigte eindrucksvoll das Bemühen im Kampf um verbesserte gesellschaftliche Bedingungen für die kleinen Unternehmen und Selbstständigen.

Mit großer Einstimmigkeit wurden die programmatischen Schwerpunkte des Referats, der Finanzbericht und die Kandidaten für den Vorstand bestätigt. Der Vorstand wählte aus seiner Mitte Dr. Rolf Sukowski wieder als Vorsitzenden des Unternehmerverbandes OWUS Berlin-Brandenburg. Stellvertreter wurden Dr. Irene Gebauer und Robert Gadegast, Schatzmeister Andrej Philipp. (Materialien der Tagung findet Ihr auf unserer Internetseite http://www.owus.de/owus_dv_2011/lv/berlin-brandenburg.html)



Beratung der OWUS-Dachverbandskonferenz und des Dachverbandsvorstandes

Am 04. April 2014 fand die turnusmäßige Beratung der OWUS-Dachverbandskonferenz statt. Delegierte aus Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen trafen sich in Berlin, um den Stand der Umsetzung der für den Zeitraum 2012 – 2015 beschlossenen Schwerpunkte der Verbandsarbeit zu beraten. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die bevorstehende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Verbesserung der sozialen Absicherung von Unternehmern sowie die Novellierung des EEG.

- Die Konferenz beschloss unter Bezugnahme auf die Antwort der Partei DIE LINKE zu den Wahlprüfsteinen, sich an die Bundestagsfraktion zu wenden und auf die Notwendigkeit flankierender Maßnahmen für von der Einführung eines Mindestlohnes betroffene Kleinunternehmer zu verweisen. In der Öffentlichkeit wird viel über Ausnahmeregelungen diskutiert. Da dies eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung der Arbeitnehmer in diesen Bereichen wäre, tritt OWUS für unterstützende Maßnahmen gegenüber kleinen Unternehmern ein, damit diese wirtschaftlich in die Lage versetzt werden, einen Mindestlohn auch zahlen zu können (siehe dazu auch die Stellungnahme des Dachverbandes am 07. März 2014 im „Dialog zum Mindestlohn“).
- Unterstützt wurde der Vorschlag aus Sachsen, sich an die Bundestagsfraktion DIE LINKE zu wenden, um auf der Grundlage des Fraktionsbeschlusses vom Februar 2013 „Sozialstaat für Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler – Grundsätze“ jetzt konkrete Gesetzesinitiativen zu ergreifen.
- Der Vertreter aus Sachsen-Anhalt informierte über die beabsichtigten Änderungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die sich daraus ergebenden Konsequenzen u.a. für die Produzenten von Biogas-Anlagen. Die Konferenz unterstützte den Vorschlag des Landesverbandes, sich in dieser Frage ebenfalls an die Bundestagsfraktion DIE LINKE zu wenden.

Die Dachverbandskonferenz traf auch wichtige organisatorische Entscheidungen zur Arbeit des Verbandes und wählte Kerstin Kassner aus Mecklenburg-Vorpommern zum Mitglied des Dachvorstandes. In einer anschließenden Vorstandssitzung wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie löste damit Kornelia Möller aus Bayern ab, die aus gesundheitlichen Gründen von dieser Funktion zurückgetreten war. Kerstin Kassner ist Mitglied des Deutschen Bundestages und tourismuspolitische sowie kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.



Schreiben des Dachvorstands an die Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Mindestlohn

Am 22. April 2014 wandte sich der Vorstand des Dachverbandes an den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Klaus Ernst und die anderen Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, um unter Bezugnahme auf die Antwort der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl flankierende Maßnahmen bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes anzumahnen. Das Schreiben ging auch an die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Das Schreiben ist in auszugsweise auf der Homepage www.owus.de veröffentlicht.

Die Notwendigkeit dieser flankierenden Maßnahmen wird durch die Antwort der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung vom 15. April 2014 auf eine entsprechende schriftliche Anfrage der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Jutta Matuschek zur Einkommenssituation kleiner Unternehmen in Berlin deutlich. 2012 hatten nach dem aktuellen Mikrozensus die ca. 255.000 selbständig Erwerbstätigen in Berliner Betrieben mit bis zu als 10 Beschäftigte ein monatliches Nettoeinkommen von 1.525 Euro, bei 32% lag dieses Einkommen unter 1.100 Euro monatlich. Nach Veröffentlichung im Landespressedienst wird auf der Homepage von OWUS Berlin-Brandenburg ein Link zur Antwort der Senatsverwaltung veröffentlicht.

Offener Brief des Dachvorstands zur geplanten Novellierung des EEG

In einem offenen Brief wandte sich am 27. April 2014 der Vorstand des Dachverbandes an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, um seine Bedenken zur Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes darzulegen. Der Vorstand verband dies mit drei Fragen:

- ? Worin besteht bei der neu angekurbelten Kohleverstromung die Nachhaltigkeit?
- ? Wo ist dabei die zu entwickelnde Unabhängigkeit von knapper werdenden fossilen Rohstoffen?
- ? Worin spiegelt sich der wirtschaftliche, soziale und ökologische Erfolg bei der im Gesetzentwurf beschriebenen „Zubaudeckel“ bei Onshore Wind, Solar und Biomasse, Vergütung für den erzeugten regenerativen Strom unter den Herstellungskosten, Energieumlage auf eigenerzeugte, selbstverbrauchte, regenerative Energie usw. wider?

Das Schreiben ist in vollem Wortlaut auf der Homepage www.owus.de veröffentlicht.

Soziale Absicherung von Selbständigen

https://selbststaendige.verdi.de/was-tun_1/nachrichten/++co++28e11dca-9ae8-11e3-9851-525400438ccf

Eine aktuelle Studie **"Soziale Absicherung von Selbständigen im internationalen Vergleich"** wurde von der Uni Bremen im Auftrag der österreichischen Wirtschaftskammer (WKÖ) und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) erstellt.

Vorgelegt wurde die Studie als Erfolgsgeschichte für das Sicherungssystem Österreichs: Im qualitativen Vergleich von 18 europäischen Staaten kommt demnach Deutschland nur auf den neunten Platz, Österreich hingegen auf den ersten. Festgestellt wird jedoch, dass auch in Österreich die Pflichtversicherungen für viele wegen der zu geringen Honorare schlicht nicht bezahlbar sind. *„Je niedriger das Einkommen, umso höher sind in der Relation die vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge.“* kritisiert Amici delle SVA – eine Initiative für ein gerechtes Sozialsystem für Solo-Selbständiger. (www.amicidellesva.at). In ihrem Namen wird in unserem Nachbarland ein Musterprozess bis hin zum Verfassungsgerichtshof geführt. Das wäre doch auch eine Anregung für das deutsche Bundesverfassungsgericht – es werden Kläger gesucht!

Bundesverfassungsgericht prüft Kammerzwang

Der Bundesverband für freie Kammern (bffc) informierte, dass das Bundesverfassungsgericht aufgrund von zwei vorliegenden Verfassungsbeschwerden ein höchst umfangreiches Anhörungsverfahren zur Frage der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern gestartet hat. Auf eine solch intensive Beschäftigung mit dem Thema haben Unternehmen in Deutschland seit 52 Jahren gewartet und der bffc darauf seit Jahren zäh hingearbeitet.

Siehe auch bffc-aktuell: <http://bffc.de/aktuelles/nach-52-jahren-verfassungsbeschwerden-werden-geprueft.html>

Nach Rücksprache mit dem Bundesverfassungsgericht können auch Verbände und andere Institutionen bis zum 15. Mai 2014 Stellungnahmen abgeben, die dazu nicht ausdrücklich vom Gericht aufgefordert wurden. Der OWUS-Dachvorstand wird sich in Kürze mit diesem Thema befassen und eine Stellungnahme dem Gericht einreichen. Dabei geht es nicht nur um Zwangsmitgliedschaft, sondern auch um finanzielle Transparenz, mehr demokratische Kontrolle und weniger politische Einmischung. Das Beispiel der IHK Potsdam zeigt die dringende Notwendigkeit, einen Reformprozess endlich anzustoßen.

Veranstaltungstipps

30. April, 18:30 Uhr, Leonardo-da-Vinci-Campus, Nauen

Fast schon ist es Tradition: Die Nauener LINKE lädt sich am Vorabend des 1. Mai den Finanzminister zum Talk in den Mai ein. Wie im letzten Jahr Helmut Markov, wird am 30. April dieses Jahres Christian Görke mit interessierten BürgerInnen zu Fragen der Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ins Gespräch kommen. Und er hat dafür auch prominente Unterstützung: Gregor Gysi wird am Talk teilnehmen und Rede und Antwort stehen.

02. Mai Start der Kulturtour von ATTAC gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP

Am 2. Mai beginnt die von Attac organisierte Tournee Kulturtour in Fulda. In den folgenden zwei Wochen wird an jeden Tag in einer anderen Stadt auf die Freihandelsfalle TTIP aufmerksam gemacht – mit Konzerten, Kabarett, Theater und Lesungen. Dafür konnte ATTAC Konstantin Wecker, Sabine Leidig, Arnulf Rating, Urban Priol, Rainer von Vielen, Hans-Günter Butzko und andere Künstler_innen gewinnen. Der bekannte Kabarettist Hagen Rether (u.a. in "Neues aus der Anstalt") sammelt bereits jetzt bei Auftritten Unterschriften für die Attac-Kampagne.

Literaturtipps

Neue PowerShift-Broschüre: TTIP - Die Kapitulation vor den Konzernen
Eine kritische Analyse der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft

Autor: Thomas Fritz

Hrsg: PowerShift e.V., Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft
Greifswalder Str. 4, Haus der Demokratie & Menschenrechte, Aufgang A, 10405 Berlin -
Deutschland/Germany

DOWNLOAD unter <http://power-shift.de/?p=2835>

Die neue PowerShift-Broschüre analysiert die Risiken des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP in den für das Alltagsleben der Menschen besonders wichtigen Bereichen. Sie beschreibt die möglichen Folgen für Beschäftigte und Gewerkschaften, für die öffentliche Daseinsvorsorge, die Lebensmittelsicherheit, den Verbraucherschutz, das Klima, den Datenschutz sowie für die Finanzmarktstabilität. Daneben widmet sie sich dem intransparenten Verhandlungsprozess und den undemokratischen Investor-Staat-Klagerechten. Anders als die Wirtschaftslobbyisten behaupten, sind die unterstellten Wohlfahrtsgewinne durch TTIP überaus unrealistisch, die Risiken aber sehr real. Es ist ein "Win-Lose"-Abkommen, bei dem nur Minderheiten gewinnen, die große Mehrheit aber verlieren würde. Aufgrund der undemokratischen Verhandlungen droht eine Kapitulation der Politik vor den Konzernen.

Unsere Geburtstagskinder für den April 2014

Dietmar Schlangen 01.05.

Gisela Frieß 20.05.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .